

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at

SPÖ

AKTUELLES

Kommentar von Univ. Prof.
Oliver Rathkolb zum Bundesheer

2009 - Nr. 35 - 0,73 €

26. Oktober Nationalfeiertag:

**Für ein solidarisches
und neutrales Österreich**

Am 26. Oktober 1955 wurde im Nationalrat das Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs beschlossen. Unter Bezugnahme auf dieses Gesetz wurde 1965 der 26. Oktober zum „Österreichischen Nationalfeiertag“ erklärt. Der Beschluss der Neutralität war eine einmalige Chance, nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs den Frieden für Österreich zu sichern und zum Frieden in der Welt beizutragen. Die Sicherung des Friedens, auch was den sozialen Frieden betrifft, ist bis heute Chance und Aufgabe Österreichs.

Anlässlich des Nationalfeiertags präsentiert sich das Bundesheer in dieser Ausgabe des SPÖ Aktuell. In einem Interview spricht Verteidigungsminister Norbert Darabos über aktuelle Fragen.

Durch klare politische Maßnahmen wie die Beendigung der traditionellen Teilnahme des Bundesheeres am Ulrichsbergtreffen in Kärnten wird eine neue und klare Linie in der Geschichtspolitik unterstrichen. Wir konnten den Vorstand des Universitätsinstituts für Zeitgeschichte, Oliver Rathkolb, für einen Gastkommentar zu diesem Thema gewinnen.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Interview mit Verteidigungsminister Norbert Darabos	5
Interview mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer	6
Hacklerregelung und Transferkonto ..	7
SPÖ-Parteitag in der Steiermark	8
Gastkommentar von Univ. Prof. Oliver Rathkolb	14

Bundeseinheitliches Rahmengesetz für Kindergärten nötig!

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek appelliert an die Länder „in Lösungen zu denken und sie gemeinsam anzugehen“ und unterstrich ihr Ringen um ein bundeseinheitliches Rahmengesetz: „Wir setzen uns dafür ein, dass es österreichweit gleiche Standards in allen pädagogischen Einrichtungen für unter 6-Jährige gibt. Das lässt sich nur mit einem bundesweiten Gesetz regeln.“ Nur so können Fragen nach Gruppengrößen, Öffnungszeiten, Vor- und Nachbereitungszeiten der PädagogInnen, der Quadratmeteranzahl pro Kind, der Anzahl an

Kindern pro PädagogIn etc. bewältigt werden. Auch erneuerte sie ihre Forderung nach einer akademischen Ausbildung für PädagogInnen, da so die Gehälter steigen und der Beruf insgesamt aufgewertet würde. ♦



Knie

Frauenministerin
Gabriele
Heinisch-Hosek

THEMEN DER WOCHE



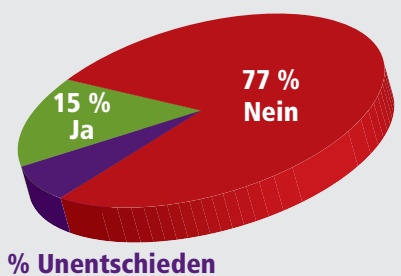
Lehmann

Endlich: NS-Unrechtsurteile aufgehoben

Das Parlament beschloss nach langem Ringen die Aufhebung aller Urteile von Militär-, SS-, Sonder- und Standgerichten sowie des Volksgerichtshofs. Weiters sollen die Anordnungen der Erbgesundheitsgerichte rückgängig gemacht werden, diese hatten Zwangssterilisationen und zwangsweise Schwangerschaftsabbrüche zur Folge. Aufgehoben werden auch Urteile mit „typischem NS-Unrechtsgehalt“ etwa solche wegen „Feindbegünstigung“, also das so genannte Feindsender hören oder Schwarzhandel. Die Sanktionen der Standgerichte standen dabei in keinem Verhältnis zu den angeblichen Delikten. ♦

Klare Mehrheit gegen Strafen für SchülerInnen

Wiedereinführung von Strafen für SchülerInnen?



Quelle: Klagenfurter Humaninstitut | Grafik: SPÖ

Keine mittelalterliche Disziplinierung

Wenig Fans in der Bevölkerung haben die rückwärtsgewandten Bestrafungsfantasien der ChristgewerkschafterInnen: Eine überwältigende Mehrheit von 77 Prozent sprechen sich gegen härtere Strafen für SchülerInnen aus. ♦

Zitat der Woche

„Wenn der Finanzminister ein Konto einrichten will, gehe ich davon aus, dass er davon etwas abheben will.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer über die ÖVP-Idee eines Transferkontos



Spiola

SPÖ-Sicherheits-
sprecher
Otto Pendl

Fremdenrechtsnovelle: Raschere Verfahren und weniger Missbrauch

SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl warnte im Nationalrat davor, heikle Gesetzesmaterien wie die Asyl- und Fremdenrechtsnovelle zu missbrauchen, um Menschen zu verunsichern. Er kritisierte vor allem die destruktive Haltung der Oppositionsparteien, denn ein generelles Kriminalisieren aller AsylwerberInnen sei verwerflich. Asyl sei eine „Frage der Gerechtigkeit, der Grundwerte, der europäischen Rechte, der Menschenrechte, aber auch unseres Rechtsstaates“. ♦



Solidarität und Zusammenhalt – heute aktueller denn je

Dieser Tage feiern wir den Nationalfeiertag. 1965, als der 26. Oktober als Nationalfeiertag festgelegt wurde, ging es um Solidarität und Zusammenhalt. Und darum geht es auch heute.



Der Zusammenhalt und die Solidarität der Menschen haben das Wiedererstarken Österreichs möglich gemacht.

Das neutrale und souveräne Österreich erstarkte nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, der Zeit der Besatzung und des Wiederaufbaus scheinbar wie aus dem blanken Nichts. Doch in Wahrheit waren es der Zusammenhalt und die Solidarität der Menschen, die dieses Wiedererstarken möglich gemacht haben.

Die Neutralität hatte sich bewährt und führte zu internationaler Anerkennung unseres kleinen Staates als aktiver Partner der Weltpolitik, etwa in Fragen der Friedenssicherung. Gleichzeitig wurde Österreich durch die Solidarität der Menschen, die sich nicht zuletzt in der Sozialpartnerschaft manifestierte, als Wirtschaftsstandort mit gut ausgebildeten Arbeitskräften und sozialem Frieden anerkannt. Das führte zu einem Auf-

blühen der Wirtschaft, das seine Hochblüte in den 70ern erreichte.

Auch heute ist die Diskussion um Zusammenhalt und Solidarität von größter Aktualität. Täglich hört und liest man, dass es gilt, aus der Krise zu lernen und die richtigen Schlüsse zu ziehen. Unbestritten muss man aus der Krise die richtigen Lehren ziehen – wie unterschiedlich diese aber sein können, lässt sich an den Diskussionen der letzten Tage ablesen.

Die ÖVP versteht unter Verteilungsgerechtigkeit das Umschichten des Geldes in der Gruppe der BezieherInnen – daher reduziert sie Verteilungsgerechtigkeit ausschließlich auf die Frage, wer welche Förderungen bezieht – und wuchtet damit die Last der Krise auf den Rücken der sozial Schwachen und des Mittelstands.

„Der Mittelstand und die Angestellten sind es, die am meisten unter wirtschaftlich schwierigen Zeiten leiden – aber gleichzeitig am meisten zum Erhalt des Sozialstaates beitragen. Hier auf ein Gegeneinander-Ausspielen zu setzen, ist die falsche politische Richtung.“

Die Antwort der ÖVP auf die Krise ist: Jeder gegen jeden. Jung gegen Alt, FamilienbeihilfebezieherInnen gegen WohnbeihilfebezieherInnen gegen MuseumsbesucherInnen, der Grazer bekommt mehr Wohnbeihilfe als der Salzburger, die Bregenzerin erhält aber einen höheren Heizkostenzuschuss ... diese Neiddebatte wollen wir nicht führen und werden wir nicht zulassen.

Unsere Antwort heißt wie schon 1955: Zusammenhalt und Solidarität. Der Mittelstand und die Angestellten sind es, die am meisten unter wirtschaftlich schwierigen Zeiten leiden – aber gleichzeitig am meisten zum Erhalt des Sozialstaates beitragen. Hier auf ein Gegeneinander-Ausspielen zu setzen, ist die falsche politische Richtung. Die Diskussion, die geführt werden muss, muss sich mit den Gegensatzpaaren auseinandersetzen: Reich – Arm, Privatisierung von Sozialleistungen – Sozialstaat, solidarische Lösungen – unsolidarische Lösungen.

Alles, worauf wir in Österreich stolz sind, von unserem hervorragenden Gesundheitssystem bis zum solidarischen Pensionssystem, haben wir jenen zu verdanken, die immer das Gemeinsame und nicht das Trennende ins Zentrum gestellt haben. Wir werden es daher nicht zulassen, dass unsere solidarische Gesellschaft, die unser Land so stark gemacht hat, zerschlagen wird. ♦

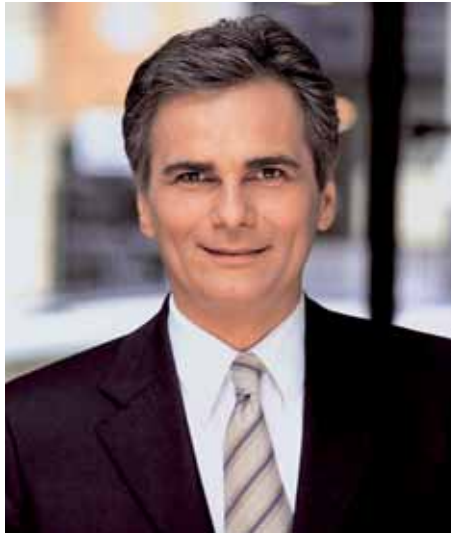
26. OKTOBER

Die Neutralität hat nichts an ihrer Aktualität verloren

Bundeskanzler Werner Faymann und Verteidigungsminister Norbert Darabos unterstreichen im Vorfeld des Nationalfeiertages die Bedeutung der Neutralität. Zur Leistungsschau am Wiener Heldenplatz werden 600.000 BesucherInnen erwartet.

Vor dem Nationalfeiertag unterstrichen Bundeskanzler Werner Faymann und Verteidigungsminister Norbert Darabos die Bedeutung der Neutralität. Gerade eben haben die Vereinten Nationen Österreich zum friedlichsten Land Mitteleuropas gekürt. „Ausschlaggebend dafür“, erklärte der Bundeskanzler, „waren die Neutralität, gute nachbarschaftliche Beziehungen, die niedrige Verbrechensrate, geringe Rüstungsausgaben und die Respektierung der Menschenrechte.“

Norbert Darabos erinnert anlässlich der Vorbereitungen der Bundesheer-Leistungsschau am Heldenplatz zusammen mit Generalstabschef Edmund Entacher an den Hintergrund der Festivitäten am 26. Oktober – den Beschluss der Neutralität im Nationalrat 1955 – und bezeichnete diesen als „großen und wichtigen Schritt“ für die Souveränität des Landes. Die Neutralität Österreichs sei „nach wie vor gültig“ und verleiht Österreich einen wichtigen Status in Europa und der internationalen Staatengemeinschaft, so Darabos. „Die Neutralität hat nichts an Aktualität verloren“, betonte der Minister. Er wird sich daher gegen „jede Diskussion“ darüber bzw. gegen deren Aushöhung verwehren, erklärte er.



Die UN haben Österreich zum friedlichsten Land Mitteleuropas gekürt, kann sich Bundeskanzler Werner Faymann freuen.

Friedenseinsätze als aktive Neutralitätspolitik

Darabos lobte zugleich das im Vergleich zur Landesgröße „überdurchschnittliche“ Engagement Österreichs bei Friedenseinsätzen. Über 1.300 Soldaten des Bundesheeres seien derzeit bei UNO-Missionen im Einsatz, erklärte er. „Diese haben zusammen mit der Neutralitätspolitik wesentlich dazu beigetragen, dass Österreich den Sitz im UNO-Sicherheitsrat erhalten hat“, ist Darabos überzeugt. Auf europäischer Ebene bildet Österreich mit Schweden, Finnland und Irland die „Achse der Neutralen“, hob Darabos hervor. Gemeinsam mit diesen Ländern gelte es daher, die „Stimme zu erheben“, sagte er. In diesem Zusammenhang lobte Darabos den „hervorragenden Beitrag“, den man beim Einsatz im Tschad geleistet hat.

Militär stellt sich seiner Geschichte

Verteidigungsminister Darabos, der bereits zahlreiche Initiativen und Projekte zur Aufarbeitung der Heeresgeschichte gestartet

hat, kündigte weiters an, dass er diesen Weg konsequent fortsetzen wird. „Dass sich das Bundesheer seiner eigenen Geschichte stellt, ist für mich ungemein wichtig. Ich habe deshalb viele Forschungsprojekte in Auftrag gegeben. Für ein Heer, das den Humanismus schützt, ist es unabdingbar, seine eigene Geschichte lückenlos aufzuarbeiten. Hier ist schon viel passiert, es liegt aber auch noch einige Arbeit vor uns. Diesen Weg werde ich konsequent fortsetzen“, erklärt der studierte Historiker Darabos. Das Bundesheer unterstützt auch auf ausdrücklichen Wunsch des Ministers die Ausstellung über die Opfer der NS-Militärjustiz. Hier werden auch Grundwehrdiener die Ausstellung im Rahmen der wehrpolitischen Bildung besuchen. Nun ist die Belgier-Kaserne in Graz Gegenstand einer historischen Untersuchung. Es gab Hinweise darauf, dass am Grund der Belgier-Kaser-

„Null Toleranz auch nur beim Anstreifen am Verbotsgesetz. Hier greifen wir hart durch. Radikalismen haben im Heer keinen Platz.“

Verteidigungsminister Norbert Darabos

ne, ehemalige SS-Kaserne Wetzelsdorf, NS-Opfer liegen, die von der SS nach ihrer Ermordung in Bombentrichter geworfen und zugeschüttet wurden. Minister Darabos hat den Auftrag dazu gegeben, diesen Sachverhalt unter Leitung des Univ. Prof. Dieter Binder einer präzisen militärhistorischen Prüfung zu unterziehen.

Nein zum Rechtsextremismus

Auch im Umgang mit Rechtsradikalismus zieht der Minister, der soeben Schluss mit der Teilnahme des Bundesheeres am Ulrichsbergtreffen gemacht hat, seine klare Haltung konsequent durch: „Null Toleranz auch nur beim Anstreifen am Verbotsgesetz. Hier greifen wir hart durch. Radikalismen haben im Heer keinen Platz.“ ♦

INFO

Leistungsschau am Wiener Heldenplatz

Im Rahmen des Nationalfeiertags zeigt das Bundesheer am Wiener Heldenplatz bei einer Leistungsschau was es kann. Gezeigt werden Fahrzeuge wie das Allschutztransportfahrzeug Dingo 2, Hubschrauber sowie ein Eurofighter-Modell. Dazu gibt es verschiedene Live-Vorführungen, sowie eine sogenannte Flying-Fox XL, eine Seilrutsche, mit der die BesucherInnen aus 35 Metern Höhe über den Heldenplatz gleiten können. Die Leistungsschau startet für SchülerInnen am Freitag, für Interessierte am Samstag.

INTERVIEW

Sicherung der Ostgrenze durch das Bundesheer über 2009 hinaus verlängern!

Über die Kernaufgaben des Österreichischen Bundesheeres, den Assistenzeinsatz an der ehemaligen Schengengrenze, aber auch über die jüngsten Unfälle beim Heer sprach SPÖ Aktuell anlässlich des Nationalfeiertages mit dem Minister für Landesverteidigung und Sport, Norbert Darabos.



HBF

SPÖ Aktuell: Am 26. Oktober präsentiert sich das Bundesheer wieder mit einer Leistungsschau am Wiener Heldenplatz. Was erfahren die BesucherInnen über die wesentlichen Aufgaben des Österreichischen Bundesheeres?

Norbert Darabos: Wir erwarten auch heuer wieder über 600.000 Besucherinnen und Besucher bei unserer Präsentation am Heldenplatz. Ihnen wollen wir zeigen, dass es die Kernaufgabe des Österreichischen Bundesheeres ist, den Menschen Schutz

daten halte ich vor allem den Assistenzeinsatz an der ehemaligen Schengengrenze im Burgenland und Niederösterreich für sehr wichtig.

Wird der Assistenzeinsatz des Heeres im östlichen Grenzraum verlängert?

Darabos: Wenn wir uns die Kriminalitätsentwicklung ansehen, ist klar, dass es das völlig falsche Signal wäre, wenn der Einsatz gerade jetzt beendet würde. Ich bin für eine Verlängerung des Einsatzes über das

Mal bei Verdachtsmomenten die Polizei alarmiert. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, ich kann mir nicht vorstellen, dass es einen Menschen gibt, der ernsthaft einen Abzug des Bundesheeres von dieser Aufgabe wünscht. Neben diesen statistisch belegbaren Erfolgen unserer Truppe geht es aber auch sehr stark um die präventive Wirkung auf Verbrecher. Allein die Präsenz von 800 uniformierten Soldatinnen und Soldaten trägt maßgeblich zur Sicherheit der Menschen im Osten Österreichs bei.



HBF

Das Bundesheer ist in letzter Zeit mehrfach durch Unfälle in die Schlagzeilen gekommen: Eine irregeleitete Granate aus dem Übungsgelände in Allentsteig hat zum Glück nur Sachschaden angerichtet, beim Scharfschießen ist es zu einer Explosion im Inneren einer Haubitze gekommen, dabei verlor ein Berufssoldat sein Leben, ein Grundwehrdiener erlitt schwere Verletzungen. Sind das tragische Einzelfälle oder systematische Fehler beim Heer?

Darabos: Ich habe schon mehrfach betont, wie betroffen mich vor allem der Unfall in Allentsteig gemacht hat, bei dem der junge Burgenländer ums Leben gekommen ist. Mein ehrliches Mitgefühl ist vor allem bei der Familie des Verstorbenen und wir tun alles, um die Genesung des verletzten Grundwehrdieners zu unterstützen. Unsere Spezialistinnen und Spezialisten sind jetzt mit der restlosen Aufklärung der Unglücksursache befasst – vermutlich ist der Zünder defekt gewesen, um möglichst Fehler in der Zukunft zu vermeiden. Eine pauschale Kritik am Bundesheer anlässlich eines derartig tragischen Unfalls weise ich aber mit aller Entschiedenheit zurück. Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten Jahr für Jahr im Inland sowie im Ausland hunderttausende Arbeitsstunden zum Schutz der Bevölkerung – oft auch unter Gefährdung des eigenen Lebens. Diesen Frauen und Männern gebührt höchstes Lob und höchster Dank. ♦

Allein die Präsenz von 800 uniformierten Soldatinnen und Soldaten trägt maßgeblich zur Sicherheit der Menschen im Osten Österreichs bei.

und Hilfe zu geben. Neben unserer verfassungsmäßigen Aufgabe, im Verteidigungsfall einsatzbereit zu sein, leisten wir vor allem viel Arbeit im Bereich des Katastrophenschutzes. 300.000 Stunden haben die Einsatzkräfte des Bundesheeres im laufenden Jahr allein für den Hochwasser-Einsatz geleistet. Neben den Auslandseinsätzen mit insgesamt 1.100 Soldatinnen und Sol-

Jahr 2009 hinaus. Diesen Wunsch habe ich auch bereits der Innenministerin übermittelt, da diese das Bundesheer anfordern muss. Das Bundesheer ist ja nicht selbstständig im Grenzschutz tätig, sondern leistet eigentlich „Assistenz“ für die Polizei. Seit Jänner 2008 leistet das Bundesheer diesen Einsatz, ist bisher in mehr als 1.800 Fällen aktiv geworden und hat über 1.100

PARLAMENT

Gelebte Diskursdemokratie

Auch heuer wird am Nationalfeiertag das Hohe Haus ein Mittelpunkt des Interesses sein.



der Weg frei gemacht für die Souveränität Österreichs als demokratischer Staat.

„Die österreichische Neutralität hat sich bewährt und wird beibehalten“, stellt Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann unmissverständlich klar. Mit der SPÖ wird es kein Rütteln oder Kratzen an der Neutralität geben.

Was die Demokratie betrifft, so ist auf Bundesebene das Parlament das Zentrum des politischen Geschehens – dort werden schlussendlich die Gesetze beschlossen. SPÖ-Klubobmann Josef Cap: „Gerade das Parlament ist Ort einer gelebten Diskursdemokratie, an dem Inhalte abgesteckt, unterschiedliche ideologische Zugänge erörtert und Mehrheiten für die Umsetzung von politischen Entscheidungen gesucht und gefunden werden.“ Das ist auch der Grund, warum jedes Jahr zigtausende Menschen das Parlament besuchen, um sich vor Ort einen Eindruck zu machen. ♦

Zigtausende ÖsterreicherInnen statten am 26. Oktober dem Parlament einen Besuch ab.

Der Nationalfeiertag steht einerseits unter dem Zeichen der Neutralität – es ist der Tag, an dem das Neu-

tralitätsgesetz beschlossen wurde – und andererseits unter dem Zeichen der Demokratie. Denn schließlich wurde damit

der Weg frei gemacht für die Souveränität Österreichs als demokratischer Staat.

INTERVIEW

„Demokratie ist nur mit den Bürgerinnen und Bürgern zu machen“

Der 26. Oktober ist Tag der Republik. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ortet ein erfreulich großes Interesse am Parlament und wertet das als Signal wider die Politikverdrossenheit.

SPÖ Aktuell: Österreich begeht am 26. Oktober seinen Nationalfeiertag. Ist das mehr als ein willkommener arbeitsfreier Tag?

Barbara Prammer: Sehr wohl! Wir halten traditionell einen „Tag der offenen Türe“ ab und werden jedes Mal regelrecht gestürmt. Ich verstehe das als deutliche Absage an die viel zitierte Politikverdrossenheit. Das Parlament, die Demokratie stehen offenbar bei den Menschen nach wie vor hoch im Kurs. Ich freue mich sehr auf zahlreiche Begegnungen und Gespräche.

Welche Botschaft sollen die Bürgerinnen und Bürger vom Parlamentsbesuch mit nach Hause nehmen?

Prammer: Dass Demokratie ohne Alternative ist. Und dass sie nur funktioniert, wenn sie von den Bürgerinnen und Bür-

gern getragen wird. Dazu braucht es allerdings eine informierte, aufgeklärte Gesellschaft. Demokratie ruht auf drei Säulen: der von den Wählerinnen und Wählern legitimierten Politik, der Zivilgesellschaft und den Medien.

Und wo sieht die Nationalratspräsidentin in einer selbstkritischen Analyse am Parlamentarismus Reformbedarf?

Prammer: Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht in Details verzetteln und uns nicht zu sehr mit uns selbst beschäftigen. So wichtig beispielsweise die Aufklärungsarbeit ist, die



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer: „Demokratie ruht auf drei Säulen: Politik, Zivilgesellschaft und Medien.“

momentan der Untersuchungsausschuss leistet, müssen wir uns auf jene Themen konzentrieren, die die Menschen unmittelbar und existenziell berühren. Ich bemühe mich deshalb intensiv, die Fraktionen für eine parlamentarische Enquete-Kommission zur Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen und die notwendigen politischen Konsequenzen zu gewinnen.

Die Wahrheit über das Ausmaß der Krise ist den Menschen zumutbar. Nicht zumutbar ist ihnen, wenn die Lasten größtenteils nur von ihnen getragen werden sollen.

SOZIALES

Kein Sozialabbau mit der SPÖ

Bundeskanzler Werner Faymann erteilt dem ÖVP-Vorschlag, die Hacklerregelung vorzeitig auslaufen zu lassen, eine klare Absage. Denn bei der Forderung nach Transferkonten ist der schleichende Abbau von Sozialleistungen zu befürchten.



Bundeskanzler Werner Faymann und Sozialminister Rudolf Hundstorfer steht auf der Seite der ArbeitnehmerInnen.

Versprechen, die vor einer Wahl gegeben wurden, müssen halten. Deshalb stellt Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann klar, dass die Hacklerregelung – wie versprochen und im Nationalrat mit den Stimmen aller Parteien beschlossen – bis 2013 bleiben wird. Wer das nicht will, setzt Glaubwürdigkeit und Vertrauen der Politik aufs Spiel. Rund 100.000 Menschen sind von dieser gesetzlich fixierten Regelung betroffen, haben ihr Leben danach ausgerichtet und unzählige junge Menschen rechnen mit freiwerdenden Arbeitsplätzen.

Hundstorfer: Langzeitversichertenregelung bis 2013

Sozialminister Rudolf Hundstorfer betont, dass ein abruptes Ende der Hacklerregelung nicht nur ein Vertrauensbruch an den Versicherten, sondern auch mit hohen Kosten verbunden wäre, da ca. die Hälfte jener, die derzeit in die Langzeitversichertenregel fallen, arbeitslos werden würden. Die Kosten für die Hacklerregelung sind auch nicht „explodiert“, wie fälschlicher-

weise von der ÖVP behauptet. Hundstorfer wird bis Jahresende einen Vorschlag präsentieren, wie es nach 2013 mit der Hacklerregelung weitergeht. So wie im Regierungsprogramm vorgesehen, wird sie nach 2013 etappenweise auslaufen. Der Sozialminister zeigt sich zuversichtlich, dass man sich mit dem Koalitionspartner rasch über die Etappen und Schritte einigen wird.

Transferkonto: Will Pröll bei Sozialleistungen einsparen?

Dem ÖVP-Wunsch nach Transferkonten steht die Sozialdemokratie kritisch gegenüber, zumal noch immer nichts Konkretes vorgestellt wurde. Dennoch erhärten sich die Verdachtsmomente, dass damit Einsparungen bei Sozialleistungen vorbereitet werden sollen. Sozialtransfers sind vor allem für Wenigverdienende geschaffen worden. Somit profitieren sie im Verhältnis zu ihrem Einkommen überproportional. 2,7 Millionen ÖsterreicherInnen, darunter zahlreiche PensionistInnen, zahlen keine Lohn- und Einkommenssteuern – wohl aber Sozialversicherung, Mehr-

SPÖ

„Wenn es aber um eine Neiddebatte oder das Streichen von Sozialleistungen geht, wird man mit unserer erbitterten Gegnerschaft rechnen müssen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

wertssteuer und andere Verbrauchssteuern. Wie eine Untersuchung des WIFO zeigt, passiert Umverteilung über die Ausgabe- nicht über die Einnahmenseite. Steuern und Abgaben sind kaum umverteilend. Durch das Transferkonto wären mehr Bürokratie und neue Steuern, sowie Vereinbarungen mit Ländern und Gemeinden notwendig. Auch würden sich möglicherweise datenschutzrechtliche Probleme ergeben und es könnte ein erster Schritt in Richtung Haushalteinkommensbesteuerung oder Familiensplitting sein. Der Politik-

wissenschaftler Emmerich Talos bezweifelte im Ö1 Morgenjournal, dass sich der Finanzminister lediglich eine Übersicht über die Sozialleistungen des Staates verschaffen will. Er vermutet, dass Pröll das Steuersystem rückbauen will.

SPÖ wird Abbau von Sozialleistungen nicht akzeptieren

Mit Werner Faymann als Bundeskanzler wird es keine Kürzungen bei den sozial Schwachen und auch nicht beim Mittelstand geben. „Ich lasse nicht zu, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden“, so Faymann. Vorschläge, die zu einer Neiddebatte führen, die dem gegenseitigen Auspielen von Menschen dienen oder mit denen Sozialleistungen gekürzt werden sollen, wird die Sozialdemokratie nicht akzeptieren.

Die SPÖ fordert ein treffsicheres staatliches Förderwesen und lehnt Missbrauch strikt ab. Die sozial Schwachen, aber auch der Mittelstand sind zu schützen. Auf ihrem Rücken darf es keine Budgetkonsolidierung geben. ♦

32. LANDESPARTEITAG

Überwältigendes Vertrauen für Franz Voves

Unter dem Motto „In Bewegung auf 2010“ ging in Graz der Landesparteitag über die Bühne. Mit 99,56 Prozent wurde SPÖ-Landesparteivorsitzender und LH Franz Voves eindrucksvoll im Amt bestätigt.



LH Franz Voves: „Die Steiermark ist offener und menschlicher geworden. Wir alle können stolz darauf sein.“

LH Voves bat zu Beginn seiner Rede Werner Faymann und Landtagspräsident Kurt Flecker auf die Bühne zu einem versöhnlichen Shakehands.



Bundeskanzler Werner Faymann mit Landesparteichef Franz Voves und seinem Team.

Der „offene“ Parteitag bot ein beeindruckendes Rahmenprogramm mit Messecharakter – und lockte über 2.500 BesucherInnen in die Grazer Messehalle.



Ganz im Zeichen des Zusammenhalts stand der steirische SPÖ-Landesparteitag, der am 17. Oktober in Graz stattfand. Erstmals hat die steirische SPÖ ihren Landesparteitag in offener Form ausgetragen – mehr als 2.500 BesucherInnen aus dem gesamten Steirerland erschienen in der Grazer Messe. Höhepunkt des Parteitags war zweifellos die mit Spannung erwartete Rede von LH Franz Voves. Die steirische SPÖ sei in den letzten Jahren einen Weg der Balance gegangen: „Einen Weg für wirtschaftlichen Fortschritt, aber gepaart mit sozialer Gerechtigkeit. Wir haben alle Chancen, nächstes Jahr wieder stimmenstärkste Partei in der Steiermark zu werden und diesen erfolgreichen Weg im Interesse aller Steirerinnen und Steirer fortzusetzen.“ Die Sozialdemokratie sieht er als

politische Kraft an der Seite der ArbeitnehmerInnen, der neuen Selbständigen, Gewerbetreibenden, aber auch der kleinen Bäuerinnen und Bauern: „Wir stehen an der Seite all jener, die hackeln!“ Voves bekräftigte auch erneut, dass die „kleinen TransferleistungsempfängerInnen und die mit Steuern ohnedies stark belastete Mitte nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.“ Vielmehr sollten hohe Gewinne „fair besteuert“ und Spekulanten sowie Groß-Vermögende zur Kasse gebeten werden.

Faymann: Unsere Messlatte ist der Mensch im Mittelpunkt

SPÖ-Bundesparteivorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann stellte in seinem

Referat den Zusammenhalt in den Mittelpunkt: „Wir wissen, was wir erreichen wollen, nämlich auch in Zukunft dieses Land positiv zu verändern. Daher stehen wir zusammen.“ Für die Sozialdemokratie gelte es, nationale Spielräume für die „dringend notwendige Sozialpolitik“ zu nutzen: „Unsere Messlatte ist der Mensch im Mittelpunkt.“ Unterstützung signalisierte der Bundeskanzler auch für die Forderung von Landeshauptmann Voves nach einer zeitlich befristeten Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 70 Prozent: „An der Krise werden noch viele lange zu zahlen haben, wir müssen dafür sorgen, dass nicht die Falschen die Rechnung zugestellt bekommen.“ Abschließend gratulierte Faymann dem mit großer Mehrheit bestätigten Franz Voves zur Wiederwahl. ♦

BILDUNG

Eine für alle

Mehr Qualität und Vergleichbarkeit – das bringt die im Nationalrat beschlossene Einführung der standardisierten, kompetenzorientierten Reifeprüfung.



Fotolia

fung wird vom Neusiedlersee bis zum Bodensee gleich viel wert sein und auch Vergleiche ermöglichen“, so Schmied, die dem Nationalrat für die Zustimmung zu diesem zentralen Regierungsprojekt dankte. Auch SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer zeigt sich über die neue Matura erfreut: „Die Matura-Reform ist ein klarer bildungspolitischer Fortschritt, der wichtig für unsere junge Generation ist. Mit der neuen Matura wird ein verlässlicher internationaler Vergleich geschaffen“, so Mayer.

Drei Säulen

Die neue Matura besteht aus drei voneinander unabhängigen Säulen:

- 1. Standardisierte schriftliche Klausuren:** Diese finden bundesweit zu einem einheitlichen Termin statt.
- 2. Verpflichtende vorwissenschaftliche Arbeit und**
- 3. mündliche Prüfungen.**

Die erste österreichweite standardisierte Reifeprüfung wird an den AHS bereits im Schuljahr 2013/14 für mehr Qualität sorgen, die Berufsbildenden Höheren Schulen starten im darauffolgenden Schuljahr. ♦

Schon im Schuljahr 2013/14 wird die neue Matura für mehr Qualität sorgen.

Bildungsministerin Claudia Schmied hat sich erfolgreich für einen weiteren wichtigen Bildungsreform-Schritt eingesetzt: Vergangenen Mittwoch gab der Nationalrat grünes Licht für die Reform der Reifeprüfung, die für eine „neue Matura mit Qualitätsgütesiegel“ sorgt, wie

Schmied unterstreicht. Die neue Reifeprüfung stelle sicher, dass MaturantInnen auch tatsächlich jene Kompetenzen beherrschen, die für ein Studium oder auf dem Weg in die Wirtschaft notwendig sind. „Und die neue Matura ist ein wichtiges Qualitätssicherungsinstrument. Die Reifeprüfung

VERFASSUNGSSCHUTZ

Null Toleranz gegen rechte Hetzer

SPÖ-Rechnungshofsprecherin Christine Lapp fordert die konsequente Verfolgung von neonazistischen Organisationen in Österreich.

Alle Bemühungen, die rechtsextreme Szene in Österreich einzudämmen und zu zerschlagen, werden von der SPÖ unterstützt“, erklärte die SPÖ-Abgeordnete und –Rechnungshofsprecherin Christine Lapp. Im Untersuchungsausschuss habe sich aber erneut herausgestellt, dass seitens des Landesamtes für Verfassungsschutz (LVT) zu wenig konsequent gegen rechte Umtriebe vorgegangen wird.

Lapp fordert daher im Namen der SPÖ-Fraktion vom LVT eine engagierte und konsequente Verfolgung von neonazistischen Organisationen in Österreich und

einen verstärkten Kampf gegen rechtsextreme und menschenverachtende Internetauftritte.

Unterstützung auch von FPÖ erwartet

„Das Anliegen nach einem strengeren Vorgehen des LVT sollten alle im Parlament vertretenen Parteien unterstützen – bei einzelnen FPÖ-Politikern vermisste ich das“, so Lapp. Die rechtsextreme Szene



SPÖ-Abgeordnete Christine Lapp fordert konsequentes und strenges Vorgehen gegen rechts Hetzer.

Spöla

hetzt in diversen rechten Internet-Foren immer aggressiver gegen KritikerInnen, Abgeordnete und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. „Beunruhigend ist, dass es dabei scheinbar auch Kontakte mit einer im Parlament vertretenen Partei gibt, die oftmals zu wenig Abgrenzung erkennen lässt“, so Lapp, die in diesem Zusammenhang null Toleranz gegenüber rechten

Hetzern forderte. ♦

PARLAMENT

„Demokratie – Macht – Schule“

Im Sitzungssaal des Nationalrats gab es vor kurzem eine große SchülerInnenendiskussion zum Thema „Demokratie – Macht – Schule“. Mit dabei waren auch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Bildungsministerin Claudia Schmied.



Über Medien, Macht und Schule diskutierten SchülerInnen gemeinsam mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Bildungsministerin Claudia Schmied.

Wo sonst die Abgeordneten zum Nationalrat sprechen, waren diesmal die SchülerInnen am Wort, die sich im Rahmen der Diskussionsreihe „STANDPUNKT“ mit Meinungs-

vielfalt, Manipulationsmöglichkeiten und Mitspracherechten beschäftigten. Anlass für die große SchülerInnenendiskussion im Hohen Haus war ein dreifacher Geburtstag: Zehn Jahre „SchülerInnenradio“ (ein bundesweites Medienprojekt des Unterrichtsministeriums), fünf Jahre Veranstaltungsreihe „STANDPUNKT“ und zwei Jahre „Demokratiewerkstatt“ (eine von Nationalratspräsidentin Prammer initiierte Einrichtung zur politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen). In der thematisch breit gestreuten Diskussion unterstrich Prammer die Bedeutung der Medienvielfalt, die „notwendig ist, um sich ein Bild über die Gesellschaft und über politische Abläufe zu machen“. Es sei auch absolut notwendig, „sich mit Medien auseinanderzusetzen, weil man nur so in der Lage ist, aktiv an der Demokratie teilzunehmen“, so Prammer.

Ministerin Schmied unterstrich die Bedeutung der politischen Bildung und der Medienkompetenz, deren Vermittlung



Die SchülerInnen im Plenarsaal des Parlaments.

möglichst früh beginnen sollte. Erfreut zeigte sich Schmied über den Erfolg des „SchülerInnenradios“. 1.500 Sendungen, 400 beteiligte Schulen und jährlich 2.000 bei diesem Projekt mitarbeitende SchülerInnen – das sind Zahlen, die sich sehen lassen können. Das „SchülerInnenradio“ sei aber auch ein Beitrag zur „gelebten Medienkompetenz“, so Schmied im Rahmen der Diskussion, bei der die vielen interessierten Fragen der SchülerInnen im Mittelpunkt standen. ♦

BILDUNG

„Together strong“ – Das neue UNO-Schulbuch

Bildungsministerin Claudia Schmied präsentierte ein neues Schulbuch über die UNO, das die Bedeutung des friedlichen Miteinanders schon in der Schule vermitteln soll.



Druckfrisch und voller Infos – Bildungsministerin Claudia Schmied präsentiert das neue UNO-Schulbuch.

Brandaktuell, druckfrisch und voller nützlicher Informationen – so präsentiert sich das neue UNO-Schulbuch „Together Strong – Die Vereinten Nationen“, das Ministerin Schmied gemeinsam mit Außenminister Spindelegger und dem Direktor des Informationsdienstes der Vereinten Nationen, Maher Nasser, vor kurzem vorstellte. Schmied betonte, dass es ihr „ein großes Anliegen ist, die UNO den jungen Menschen näherzubringen und das friedliche Miteinander schon in der Schule zu vermitteln“. 2.700 Exemplare des neuen Schulbuchs wurden bereits verschickt, die Nachfrage seitens der Schulen sei sehr groß, freute sich Schmied. ♦

APA/Preiss

INNOVATION

Forum BMVIT diskutiert Wachstumspotentiale

Forschung und Entwicklung sind von entscheidender Bedeutung, um im Wettbewerb zu bestehen, so Infrastrukturministerin Doris Bures bei der Eröffnung des „Forum BMVIT“.

Um zu gewährleisten, dass Österreich in die Top 3 der innovativsten Volkswirtschaften aufsteigt, werde gerade eine österreichweite Forschungs- und Innovationsstrategie entwickelt, so Bures, die unterstrich, dass es gelte, auf die richtigen Zukunftsfelder zu setzen. „Wir können uns keinen Innovationsstopp leisten, das würde katastrophale Auswirkungen auf Wirtschaft und Wohlstand haben“, so Bures bei der Diskussionsveranstaltung, an der Siemens-Chefin Brigitte Ederer, Infineon-Vorstandsdirektorin Monika Kircher-Kohl, der Geschäftsführer des Austrian Institute of Technology, Anton Plimon sowie WIFO-Chef Karl Aiginger teilnahmen und die Frage „Woher kommt das neue Wachstum?“ diskutierten. ♦



Infrastrukturministerin Doris Bures setzt in der Forschung und Entwicklung auf die richtigen Zukunftsfelder.

APA/Zöttl

Wirtschaftstheorie

Wie Wirtschaft die Welt bewegt

Was genau ist Neoliberalismus? Diese und weitere Fragen zur Wirtschaft werden in diesem Buch verständlich beantwortet.

219 Jahre nach Adam Smith und 63 Jahre nach John Maynard Keynes stellt der Volkswirtschaftler und TV-Kommentator Hans Bürger die entscheidende Frage: Was kommt nach dem totalen Markt? Gemeinsam mit dem Nationalökonom Kurt W. Rothschild übersetzt Bürger die wichtigsten Wirtschaftstheorien der letzten 250 Jahre und macht Schritt für Schritt nachvollziehbar, wie die freie Marktwirtschaft auf die schiefe Bahn geraten ist: Wie funktioniert Wirtschaft wirklich? Ist es wahr, dass mul-

tionale Konzerne Wirtschaft und Macht übernommen haben? Bürger und Rothschild erklären Strömungen und Zusammenhänge, die wir ständig gebrauchen und die vielen von uns doch nur bedingt geläufig sind. Gemeinsam erläutern sie die wichtigsten Wirtschaftstheorien der letzten 250 Jahre. Das Buch ist keines über die Krise, sondern über die Wirtschaft und wie sie die Welt bewegt. Das Ergebnis: ein unterhaltsamer und geistreicher Streifzug durch die Welt der Ökonomie. ◆

Handbuch

Genfood. Nein danke!

Trotz Verbots gelangen gentechnisch veränderte Lebensmittel immer noch schleichend auf unsere Teller.

Ohne Rücksicht auf Naturschutzgebiete oder Felder mit biologischem Anbau wird weiterhin auf landwirtschaftlichen Versuchsflächen mit manipuliertem Saatgut experimentiert. Doch was genau steckt hinter den riesigen Investitionen in die Gentechnik-Forschung? Das Handbuch Genfood gibt Antworten und fasst kompakt und leicht verständlich zusammen, was jeder wissen muss, der gentechnisch veränderten Lebensmitteln nicht gleichgültig gegenübersteht. Das vorliegende Buch ist

eine aktualisierte Version von Das GenBuch Lebensmittel von 2007 und wurde mit zahlreichen Illustrationen und Grafiken angereichert. Ein neuer Serviceteil bietet mit Lebensmittelindex und über 160 Adressen von Bürgerinitiativen und Verbänden das nötige Werkzeug für eigenes Handeln – für Produzenten wie für Verbraucher gleichermaßen. Dieses Handbuch beinhaltet sowohl Hintergrund-Informationen über Gentechnik als auch eine übersichtliche Gliederung nach Produkten und Rohstoffen. ◆

Sachbuch

Zukunft entsteht aus Krise

Geseko v. Lüpke hat die Pioniere zukunftsfähiger Konzepte zu einem globalen „Rat der Weisen“ versammelt.

Überall auf der Welt gibt es WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen, die Lösungen für die Krise und Erfahrungen für eine zukunftsfähige Gesellschaft anzubieten haben. Die wichtigsten Reformimpulse kommen aus zivilgesellschaftlichen Initiativen. Der Autor, selbst renommierter Journalist und Politologe, präsentiert in Gesprächen mit Menschen aus zahlreichen Disziplinen schlüssige Zukunftsszenarios. Zu ihnen gehören der Nobelpreisträger Prof. Joseph Stiglitz, alternative No-

belpreisträgerinnen wie Vandana Shiva, PhilosophInnen und AktivistInnen. Obwohl diese Gespräche von den existenziellen Krisen und Risiken unserer Zivilisation handeln, machen sie Mut und sind für jedermann anregend und nachvollziehbar. Der frische Wind neuer Möglichkeiten vertreibt die stickige Luft lähmender „Realpolitik“ und könnte dem diffusen Unbehagen vieler BürgerInnen eine optimistischere Richtung geben und sogar Politikverdrossenheit entgegenwirken. ◆

☐ Stk.


Bürger, Rothschild:

Wie Wirtschaft die Welt bewegt.

Lesethek Verlag, Wien 2009; 209 S., 21,90 €

☐ Stk.


Max Annas, Jürgen Binder:

Genfood. Nein danke! Das aktuelle Handbuch.

orange-press, Freiburg 2009; 208 S., 15,50 €

☐ Stk.


Geseko v. Lüpke:

Zukunft entsteht aus Krise.

Riemann Verlag, München 2009; 576 S., 23,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SALZBURG

Schule der Zukunft



Die Salzburger Landeshauptfrau und Bildungsreferentin Gabi Burgstaller startet eine Offensive für die „Schule der Zukunft“.

Gemeinsam mit dem Salzburger Landesschulratspräsidenten Herbert Gimpl präsentierte Burgstaller Schwerpunkte für die Bildungspolitik: „Eine echte ‚Nachwuchs-Offensive‘, ein neues LehrerInnen-Dienstrecht und eine Schulverwaltungsreform sind essentielle Schwerpunkte der Bildungsreform. Der Ausbau der Nachmittagsbetreuung sowie die Gesamtschule tragen wesentlich zur Modernisierung des österreichischen Schulsystems bei“, so Burgstaller.

Evaluierung der LehrerInnen-Arbeitsplätze

Das neue LehrerInnen-Dienstrecht werde

den Lehrberuf mit höheren Einstiegsgehältern und einer flacheren Lebensverdienstkurve für den „Nachwuchs“ attraktiver machen. Um die Arbeitsplätze der LehrerInnen an den Salzburger Schulen modernen Standards anzupassen, hat Burgstaller eine Evaluierung in Auftrag gegeben: „Die Ergebnisse sollen dann in den Schulumbau bzw. Neubau einfließen“.

Einführung der Herbstferien

Einen wesentlichen Reformschritt will Burgstaller bereits im kommenden Jahr mit der Einführung von Herbstferien setzen. Neben den positiven Effekten auf den Lernerfolg gibt es auch organisato-

rische Argumente für die Herbstferien, da Familien, die im Tourismus tätig sind, zumindest eine Woche gemeinsamen Urlaub haben. Beim Thema Bildung sollen alle Betroffenen, SchülerInnen-, Eltern- und LehrerInnenvertreterInnen eingebunden werden. ♦



SPÖ Salzburg

Die Einführung von Herbstferien sowie Evaluierung der Arbeitsplätze an den Salzburger Schulen sind für LHF Gabi Burgstaller zwei wesentliche Schritte zur Schule der Zukunft.

WIEN

Neue Website der Wiener SPÖ



Seit kurzem ist der neu gestaltete Internetauftritt der SPÖ Wien unter wien.spoe.at online.

Die Seite wurde nicht nur grafisch und technisch auf den neuesten Stand gebracht, sondern auch die inhaltliche Ausrichtung neu definiert und erweitert. Nun steht zusätzlich zu den bisherigen Inhalten jeweils ein für die Sozialdemokratie besonders wichtiges Thema im Vordergrund. Die Seite bedient sich modernster Technologien und verbindet die Inhalte der Wiener SPÖ mit Web 2.0-Plattformen wie youtube, flickr und Facebook. Besonders großer Wert wurde bei der Neugestaltung auf die Barrierefreiheit der Seite gelegt. Völlig neu konzipiert wurde auch das Newsletter-System, mit dem über die Aktivitäten der SPÖ Wien informiert wird. Die Anmeldung zum personalisierten Newsletter ist unter www.wien.spoe.at zu finden. ♦



Die neu gestaltete Seite der SPÖ Wien überzeugt durch modernste Technologien und Barrierefreiheit.

SPÖ FRAUEN

Landeskonferenz der steirischen SPÖ Frauen



Elisabeth Grossmann wurde zur neuen Landesfrauenvorsitzenden gewählt.

Die SPÖ Frauen Steiermark hielten am 16. Oktober in Graz ihre Landeskonferenz ab. Dabei gab es einen Wechsel an der Spitze der SPÖ Frauen: Landesrätin Elisabeth Grossmann folgt mit 98,94 Prozent der Delegiertenstimmen der Dritten Landtagspräsidentin Barbara Gross als Landesfrauenvorsitzende nach. Barbara Gross übernimmt den Ehrenvorsitz bei den SPÖ Frauen. Grossmann: „Ich werde mich in alle Belange im Land einmischen, wo Frauen betroffen sind – und dies ist praktisch überall der Fall!“ Ihre Hauptanliegen sind der Kampf gegen die Teilzeitfalle, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Schutz vor Gewalt. ♦



SPÖ Stmk

LT-Präsidentin Gross gratuliert Landesrätin Grossmann zum Landesfrauenvorsitz.

STEIERMARK

Verwaltungszentren statt Bezirkshauptmannschaften



Der steirische Landeshauptmann Franz Voves geht in Sachen Einsparungen in die Offensive. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter unterstützt die steirischen Pläne zur Verwaltungsreform.

Landeshauptmann Voves kann sich „mittelfristig“ eine Reduktion der Zahl der Bezirkshauptmannschaften vorstellen. So könnten die derzeit 16 Bezirkshauptmannschaften in sieben Verwaltungszentren zusammengefasst werden. Klar ist:

Diese sieben Verwaltungszentren sollen keine zusätzlichen Verwaltungseinheiten werden, sondern alte ersetzen. Servicezentren vor Ort wird es weiterhin geben, aber Strafbescheide zum Beispiel könnten



LH Franz Voves prescht in der Verwaltungsreform vor.

SPÖ Stmk



Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter begrüßt die steirischen Pläne.

Zinner

landesrat Christian Buchmann will im Fall von Budgetüberschreitungen eine Automatik, die in der Verfassung festgeschrieben ist.

Günther Kräuter: Steiermark ist beispielhaft für andere Bundesländer

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter unterstützt die Pläne von Landeshauptmann Voves, die beispielhaft für die anderen Bundesländer sind: „Aus sozialdemokratischer Sicht ist jede

Straffung im Verwaltungsbereich essenzieller Bestandteil der Krisenbewältigung. Je größer die Einsparungen, desto geringer ist der Sanierungsbedarf nach der Wirtschaftskrise in den kommenden Jahren.“

NIEDERÖSTERREICH

„Es gibt noch viel zu tun im Konsumentenschutz“



30 Jahre Konsumentenschutz nahm LHStv. Sepp Leitner zum Anlass, um über Erreichtes und Zukünftiges zu berichten.

„Wir haben im Konsumentenschutz einiges erreicht, aber es gibt noch viel zu tun. Das Land Niederösterreich leistet einen hervorragenden Beitrag, vor allem, was Produktsicherheit, Preisauszeichnung und Lebensmittelkontrolle betrifft“, so LHStv. Sepp Leitner. Neue Herausforderungen für den Konsumentenschutz würden besonders im Bereich Finanzdienstleistungen deutlich. „Der Finanzmarktsektor braucht eine strengere Regulierung“, so die logische Konsequenz, „die Kunden brauchen mehr Sicherheit, also mehr Information und Aufklärung.“ Leitner sprach sich außerdem dafür aus, vor allem Jugendliche für das Thema Konsumentenschutz zu sensibilisieren. Eine Möglichkeit, viele junge Menschen zu erreichen, wäre beispielsweise konsumentenschutzrechtliche Aufklärung in der Schule.



LHStv. Sepp Leitner setzt sich für den Konsumentenschutz ein.

SPÖ NÖ

VORARLBERG

SPÖ stellt neue Landtagsabgeordnete vor



Ein neues Team vertritt in Zukunft die Anliegen der VorarlbergerInnen.

In der 29. Legislaturperiode wird sich ein verkleinertes Team unter der Führung von Klubobmann LABg. Michael Ritsch um die Sorgen und Anliegen der VorarlbergerInnen kümmern. Unverändert im SPÖ-Landtagsteam ist LABg. Mirjam Jäger. Neu hinzugekommen ist Gabi Sprickler-Falschlunger, die am 14. Oktober in der konstituierenden Landtagssitzung angelobt wurde. Ritsch freut sich auf die künftige Arbeit im neuen Team: „Wir setzen uns für jene ein, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen und wollen als Sprachrohr für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land verstanden werden, denn soziale Gerechtigkeit bleibt das wichtigste Anliegen der SPÖ Vorarlberg.“



SPÖ Vbg

Die Landtagsabgeordneten Sprickler, Ritsch und Jäger



Spöla

Geschichtspolitik neu unter Bundesminister Norbert Darabos

Zum ersten Mal in der Geschichte des österreichischen Bundesheeres setzte ein Bundesminister durch die aktive Unterstützung einer wissenschaftlichen Ausstellung ein sichtbares Zeichen zur Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren.

„Wer die österreichische geschichtspolitische Vergangenheit kennt, kann einschätzen, wie einschneidend derartige Maßnahmen sind.“

Mit der Ausstellung „Was damals Recht war – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ wird deutlich gemacht, dass sich das demokratische Heer in jeder Hinsicht von der Deutschen Wehrmacht distanziert. Inzwischen haben sich auch SPÖ, ÖVP und Grüne auf eine gemeinsame Gesetzesvorlage geeinigt, um der symbolischen die politische und rechtliche Rehabilitierung folgen zu lassen. Durch klare politische Maßnahmen wie der Beendigung der traditionellen Teilnahme des Bundesheeres am Ulrichsbergtreffen in Kärnten wird diese neue und klare Linie in der Geschichtspolitik unterstrichen. Anlass für diese Entscheidung von Bundesminister Darabos waren Verkaufsangebote von NS-Devotionalien durch den Obmann der Ulrichsberggemeinschaft im Internet. Inzwischen geht die politische Sensibilisierung weiter, und der Militärkommandant für Kärnten, Gunther Spath, kündigte die Teilnahme an den Kärntner Abwehrkämpferfeiern und dem Jahrestag der Volksabstimmung 1920 auf, da diese immer wieder zu anti-slowenischen Kundgebungen missbraucht wurden.

Wer die österreichische geschichtspolitische Vergangenheit kennt, kann einschätzen, wie einschneidend derartige Maßnahmen sind, die auch in die Richtung einer demokratischen und modernen Traditionspflege des österreichischen Bundesheeres weisen. An vielen Erinnerungsorten wie beispielsweise in der ehemaligen SS-Kaserne (später ein KZ-



APAEggenberger

Durch klare politische Maßnahmen wie die Beendigung der traditionellen Teilnahme des Bundesheeres am Ulrichsbergtreffen wird die neue und klare Linie in der Geschichtspolitik unterstrichen.

Außenlager von Mauthausen) und der nunmehrigen Khevenhüller-Kaserne wurden Gedenktafeln angebracht und NS-Freskos künstlerisch überarbeitet und damit neu interpretiert.

Zahlreiche Veranstaltungen, in die immer wieder viele Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere eingebunden werden, sollen die neue kritische geschichtspolitische Ausrichtung des Bundesheeres weiter vertiefen und in das Selbstverständnis der Armeeangehörigen integrieren.

Indizien für Kriegsverbrechen und NS-Opfer auf dem Areal der Belgier-Kaserne in Graz, der ehemaligen SS-Kaserne Wetzelsdorf, wurden zum Anlass für eine umfassende militärhistorische Prüfung genommen, um etwaige Gräber wieder zu finden. Insgesamt

wird seit 2007 verstärkt eine kritische historische Reflexion und intensive Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte auch im Bundesheer umgesetzt – entlang der unmissverständlichen politischen Vorgaben von Verteidigungsminister Darabos: „Für ein Heer, das dem Frieden und der Humanität dient, ist es unabdingbar, seine eigene auch mit dunklen Flecken behaftete Geschichte lückenlos aufzuarbeiten.“ ♦

Oliver Rathkolb ist Universitätsprofessor und Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien sowie Mitglied des Militärhistorischen Beirats der Wissenschaftskommission beim Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport.

TERMINKALENDER

Montag, 26. 10.

Tag der offenen Tür im Parlament

Das Parlament lädt am kommenden Nationalfeiertag, dem 26. Oktober unter dem Motto „Offenes Parlament“ wieder zum Tag der offenen Tür. Wer einmal hinter die Kulissen der Politik blicken oder einfach nur den Prachtbau am Ring besichtigen will, hat zwischen 9 und 17 Uhr die Möglichkeit dazu. Der Rundgang durch das Hohe Haus führt unter anderem in den Sitzungssaal des Nationalrats und des Bundesrats, die Säulenhalle, das Besucherzentrum und den historischen Sitzungssaal. Auch das zum Parlament gehörende Palais Epstein steht für BesucherInnen offen. Weitere Informationen:

www.parlament.gv.at

Beginn: 9.00 (bis 17.00)

Eintritt frei (Letzter Eintritt 16.30)

Parlament

Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1010 Wien

Montag, 26. 10.

Tag der offenen Tür im Bundeskanzleramt

Das Bundeskanzleramt heißt am Nationalfeiertag alle BürgerInnen zum Tag der offenen Tür herzlich willkommen. In der Kanzler-Lounge vor dem Bundeskanzleramt erwarten Sie ein Infopoint, ein „Kanzler-Briefkasten“, in dem Sie Ihre Anliegen an den Bundeskanzler deponieren können und eine Kinderecke für die kleinsten Gäste. In einer multimedialen Ausstellung werden Ihnen die Geschichte des Hauses und Geschichten über das Haus präsentiert. Auch eine Besichtigung der Prunk- und Präsentationsräume ist möglich. Das Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst ist ebenfalls mit Infoständen vertreten.

Beginn: 11.00 (bis 17.30)

Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 1, Eingang Schauflergasse

1010 Wien

Mahnmal der Stadt Wien für die Opfer des Faschismus. Die Gedenkrede wird von Bundesminister Rudolf Hundstorfer gehalten. Der Abschluss des Gedenkmarsches erfolgt im Ehrenhain für die Februar- und Spanienkämpfer.

Beginn Gedenkmarsch: 9.30 Uhr

Hauptkundgebung um 10.00 Uhr.

Zentralfriedhof Zweites Tor

1110 Wien

Donnerstag, 5. 11.

Open House: 100 Jahre SPÖ Frauen

Vor nunmehr 100 Jahren, am Parteitag im Herbst 1909, wurde die SPÖ-Frauenorganisation in den Statuten der Partei erstmals festgeschrieben. Seither sind die SPÖ Frauen unermüdlich und mit großem Einsatz in ganz Österreich aktiv. Aus diesem Anlass laden die SPÖ-Bundesfrauen zu einem Open House in der Löwelstraße ein. Von 18.00 Uhr bis 18.45 Uhr gibt es einen „Zukunftstalk“ mit der Frauenministerin und Bundesfrauenvorsitzenden Gabriele Heinisch-Hosek, der Wiener Frauenstadträtin Sandra Frauenberger und Bundeskanzler Werner Faymann. Moderiert wird der Talk von SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz. Danach ist Zeit für viele Gespräche, Erfrischungen sowie einen Rundgang durch die Ausstellung zum Thema.

Information und Anmeldung:

frauen@spoe.at oder unter 0810 810 211

Beginn: 17.30

SPÖ Bundesgeschäftsstelle

Löwelstraße 18,

1014 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Boris Ginner, Mag^a. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Susanne Vockenhuber, Markus Wagner, Fabian Max Wallner
Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: SPÖ
Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH., 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Sonntag, 1. 11.

Gedenkmarsch

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer gedenkt gemeinsam mit Mandatarien und VertreterInnen der SPÖ, der Sozialdemokratischen Frauen, der sozialistischen Jugend und der jungen Generation im Rahmen eines Gedenkmarsches der Opfer des Kampfes gegen Austro- und Nazifaschismus. Treffpunkt ist um 9.00 Uhr vor dem 2. Tor des Zentralfriedhofs. Der Gedenkmarsch führt an den Gräbern von Rosa Jochmann, Bruno Kreisky und Anton Benya vorbei zum

NET NEWS

Parteiprogramm der SPÖ online

Das Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei Österreichs enthält die grundsätzlichen Forderungen, und Ziele unserer Bewegung. Die SPÖ bekennt sich darin zu ihren Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Das Programm wurde am Parteitag im Oktober 1998 beschlossen – und steht auch für den Veränderungswillen und die

Modernität der Sozialdemokratie. Nun wurde der programmatische Text optisch ansprechend aufbereitet und ist unter der Webadresse **www.programm.spoe.at** abrufbar.

Aus dem bloßen PDF wurde ein gegliederter Web-Text, der das Nachschlagen und die Recherche erheblich erleichtert. ◆





Walzertakt und Csardas-Groove lagen in der Luft

Schon zum dritten Mal tagten die Regierungen Österreichs und Ungarns unter Bundeskanzler Werner Faymann und seinem ungarischen Amtskollegen Gordon Bajnai gemeinsam. Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl lud quasi als burgenländischer Hausherr ins Schloss Esterhazy.

Nicht alles, was möglich ist, ist auch gut

Bundeskanzler Werner Faymann traf anlässlich der Neubestellung der Bioethikkommission den Gastvortragenden Professor Carl Djerassi zu einem Gespräch über Ethik in der Wissenschaft.



Neue Kindersicherungsseminare für alle

Verkehrsministerin Doris Bures präsentierte die neu konzipierten Kindersicherungsseminare, die ab sofort auch jederzeit freiwillig besucht werden können. Sie vermitteln neben theoretischen Inhalten, wie Crashphysik, Unfallmedizin und Sicherungstechnik auch praktische Tipps zur richtigen Sicherung von Kindern im Fahrzeug.



Bäuerinnen im Rampenlicht

Im Palais Dietrichstein nahm Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek an der Podiumsdiskussion „Direkt vom Hof - Arbeits- und Lebenssituation der Bäuerinnen in Österreich“ teil.